

Impfstoff gegen Corona wird erstmals in Deutschland geprüft

Das Paul-Ehrlich-Institut hat die erste klinische Studie in Deutschland zu einem Impfstoff gegen das Coronavirus zugelassen. Daran beteiligt ist das Mainzer Unternehmen „Biontech“, das den Impfstoffkandidaten entwickelt hat. Dabei kooperieren die Mainzer mit dem Pharma-Konzern Pfizer. Wie das Bundesinstitut für Impfstoffe und biomedizinische Arzneimittel mitteilt, sei die Genehmigung das Ergebnis einer sorgfältigen Bewertung des „potenziellen Nutzen-Risiko-Profiles des Impfstoffkandidaten“. Die Erprobung am Menschen sei „ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu sicheren und wirksamen Impfstoffen gegen Covid-19 für die Bevölkerung in Deutschland und darüber hinaus“. Es handle sich um einen sogenannten RNA-Impfstoff, der die genetische Information für den Bau des sogenannten Spikeproteins des CoV-2 oder Teilen davon enthält. Im ersten Teil der klinischen Prüfung werden 200 gesunde Probanden im Alter von 18 bis 55 Jahren mit jeweils einer von mehreren Impfstoffvarianten geimpft.



In dieser Covid-19-Krise wurde viele Menschen plötzlich klar, was eingeweihte Kreise bereits wussten: Deutschland ist im hohen Maße abhängig von Produktionen und Lieferungen aus dem Ausland, besonders aus Asien. Dieser schleichende Prozess, der seit der Globalisierung Jahr stärker wurde, zeigt deutlich, wie unsere Politiker und Politikerinnen im Deutschen Bundestag offenbar geschlafen haben. Wie ist es sonst zu erklären, dass es kein Aufschrei gab und keine gesetzlichen Regeln dafür getroffen wurden. Damit die Bevölkerung in Deutschland besser bei Katastrophen geschützt ist, fordern DIE REPUBLIKANER, dass die Herstellung von Medikamenten und Medizingeräten wieder Mehrheitlich in Deutschland erfolgen muss und keine Abwanderung von Unternehmen aus diesen Branchen erfolgen darf.

Asylbewerber dürfen arbeiten

Bestimmte Asylbewerber und Nicht-EU-Bürger, für die in Deutschland bisher ein Arbeitsverbot gilt, dürfen künftig als Erntehelfer tätig werden.

Die Bundesagentur für Arbeit hat in der Corona-Krise eine sogenannte Globalzustimmung erteilt. Nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums gilt sie rückwirkend zum 1. April und endet im Oktober. Sie betrifft unter anderem geduldete Personen und Asylbewerber, die sich seit drei Monaten mit Erlaubnis der Behörden in Deutschland aufhalten.

Hintergrund der Globalzustimmung soll nach Berichterstattungen sein, dass ein vor vier Wochen erlassenes Einreiseverbot für Erntehelfer, mit dem Bundesinnenminister Seehofer zur Eindämmung des Coronavirus beitragen wollte. Seitdem fehlt es in der Landwirtschaft an Saisonkräften. Auf Druck der Landwirte wurde das Einreiseverbot inzwischen teilweise gelockert.

Muslime fordern hohe Finanzhilfen für den Erhalt ihrer Moscheen

Wegen der Corona-Pandemie bleiben die Moscheen wie die christlichen Kirchen weiter geschlossen. Das bringt die Muslimverbände auch in finanzielle Not. Jetzt werden Forderungen nach staatlicher Hilfe laut, um die Moscheen zu erhalten. Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, hat Finanzhilfen des Staates für während der Corona-Krise in Not geratene Moscheen gefordert. «Viele Moscheen stehen vor dem Bankrott, weil sie von der Kollekte zum Freitagsgebet gelebt haben», sagte er gegenüber der Presse. «Sie können bald ihre Mieten, die Kreditraten der Immobilien oder ihr Personal nicht mehr bezahlen».

Wegen des coronabedingten eingeschränkten Ramadans würde sich die Lage noch verschärfen. Der Fastenmonat beginnt am Freitag (24. April) und endet am 23. Mai. 30 bis fast 50 Prozent dieser Einnahmen würden jährlich besonders in der Ramadan-Zeit generiert, fügte Mazyek hinzu: «Diese Spenden fallen fast komplett weg.» Die Gemeinden hätten sich angeblich besonders verantwortungsvoll während der Krise gezeigt. «Deshalb muss auch staatlicherseits eine Kompensation in Form eines Ausgleichs der durch die Schließung verursachten Einnahmeverluste erfolgen», führte er weiter aus. Diesem Ruf scheinen inzwischen einige Gutmenschen erhört zu haben, denn erste Bundesländer sollen

bereits entsprechende Programme aufgelegt haben. «Andere Länder sollten nachziehen. Geschieht das nicht, werden nicht wenige Moscheen nach der Corona-Krise nicht mehr existieren», sagte der Zentralratsvorsitzende. Damit zeigte er deutlich auf, dass die Erwartungshaltung an alle Bundesländer groß ist. Nach dem Spitzentreffen von Bund und Ländern am 30. April solle es eine Neubewertung geben, wie lange noch die Moscheen geschlossen bleiben. Dem KRM gehören die vier größten islamischen Organisationen in Deutschland an. Wir Republikaner lehnen eine finanzielle Unterstützung ab. Die seit Jahrzehnten andauernde Islamisierung darf jetzt nicht noch durch weitere Steuergelder verfestigt werden.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE
REPUBLIKANER **REP**

Zahl der tatsächlich aktiven Bundeswehrsoldaten nicht bekannt

In Deutschland kann nicht einmal festgestellt werden, wie viele Soldaten tatsächlich Dienst leisten. Nach Auskunft des Verteidigungsministeriums namens der Bundesregierung standen zum Zeitpunkt 27. März 2020 insgesamt 184.189 Männer und Frauen in einem aktiven Soldatendienstverhältnis. Zusätzlich hätten an diesem Stichtag 5362 Personen Reservistendienst geleistet. Wie viele Soldaten an diesem 27. März tatsächlich ihren Dienst ausgeübt hätten, ließe sich nicht sagen, erklärte das Ministerium, denn zahlreiche Bundeswehrangehörige sind beispielsweise zu einer Maßnahme des Berufsförderungsdienstes oder zu einer zivilberuflichen Aus- und Weiterbildung abkommandiert, werden im Status „Krank zu Hause bis Dienstzeitende“ geführt, sind an zivile Einrichtungen abgestellt, machen Urlaub oder gleichen überschüssige Dienstzeit aus. Daten der „tatsächlich“ zur Verfügung stehenden Soldaten würden nicht zentral erfasst und stünden daher nicht zur Verfügung. Unfassbar, aber so sieht die Realität in Deutschland aus.

Linksextremisten wollen am 1. Mai wieder randalieren

Linksextremisten in Deutschland missbrauchen seit Jahren den Mai-Feiertag, um pöbelnd, zerstörend und randalierend durch diverse deutsche Metropolen zu ziehen. Sie demonstrieren nicht, sondern sind ausschließlich auf Konfrontation mit der Polizei aus. Das wird auch dieses Jahr, trotz Versammlungsverboten und diversen anderer Einschränkungen, nicht anders sein. Auf ihrem Verbreitungsmedium haben sie bereits jetzt zu Kundgebungen in den Metropolen aufgerufen, zu Autokorsos, Flashmobs sowie »Spontandemonstrationen« - mehr als eine Woche im Voraus ist in der Tat sehr spontan.

REP kritisieren Maskenpflicht

Die hessischen Republikaner kritisieren die von der Landesregierung mit Wirkung ab dem 27. April angeordnete Maskenpflicht als unverhältnismäßig. Mit ihr habe die Corona-Hysterie ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht. Der Landesvorsitzende Bert-Rüdiger Förster verwies darauf, dass es in Deutschland schon wesentlich schwerere Epidemien gegeben habe, ohne dass damals Schulen, Läden, die Gastronomie und nahezu die gesamte Wirtschaft geschlossen worden seien. Er erinnerte als Beispiele an die Grippeepidemien von 1957 und 1968/69. Das Corona-Virus habe zumindest bisher keine auch nur annähernd vergleichbaren Auswirkungen. Dabei werde die Zahl der Todesopfer in völlig unseriöser Weise dramatisiert. Man zähle jeden Toten, bei dem das Virus festgestellt werde, auch wenn die wahre Todesursache eine ganz andere sei, z.B. ein Herzinfarkt oder Krebs im Endstadium. Die Einschränkungen des öffentlichen Lebens führten inzwischen zu Schäden, die wesentlich schwerwiegender seien als die Krankheit selbst. Dies werde auch anderswo erkannt, etwa in den USA durch Präsident Trump. Nach Auffassung der Republikaner muss deshalb vorrangig über die schrittweise Rücknahme der Einschränkungen nachgedacht werden, statt diese noch zu verschärfen. Besonders bemerkenswert sei, dass die Einschränkung von Grundrechten von den Parteien, die sich sonst als Bürgerrechtsanwälte aufspielen, klaglos hingenommen werde. Unübersehbar sei auch, dass die Coronakrise benutzt werde, um andere politische Ziele zu erreichen, so insbesondere die endgültige Umwandlung der EU in eine Transferunion. V.i.S.d.P.: Haymo Hoch, Landespressesprecher

Aktuelle Veranstaltungen unserer Partei

Aufgrund der aktuellen Lage finden die Veranstaltungen unserer Partei nicht oder nur sehr eingeschränkt statt. Vor dem Hintergrund einer möglichen Gefährdung bitten wir alle Teilnehmer deshalb, vorher mit dem jeweiligen Kreisverband in Kontakt zu treten und nachzufragen, ob die Sitzung wirklich stattfindet.

! Jetzt Republikaner werden !

Ihre Unterschrift

MITGLIED WERDEN



Unterschrift

für unsere Zukunft >

Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. **Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei:** <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Jetzt informieren

- Ich habe Interesse an einer Infoveranstaltung
- Ich möchte Mitglied werden
- Ich bitte um weiteres Infomaterial

www.rep.de

DIE REPUBLIKANER

DIE REPUBLIKANER
REP

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Weitere Informationen unter:0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Berchtesgaden:** Regelmäßige Stammtische: Infos unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Stammtisch, jeden ersten Montag. 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Samstag im Monat, um 17.00 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Hagen:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: hagen@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
 Postfach 140407
 40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen: 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... / von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Beitrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. 10.00 € monatlich, bzw. 5 € für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Bezirksverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Landesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Bundesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.